Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Im Einzelverkauf
auf den Bahnhöfen u. bei den Zeitungs-Verkäufern
10 ₰ pro Nummer.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 387. **Montag** den 1. August 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Reichsjustizkommission wird zur zweiten Lesung der Reformfragen des Strafprozesses im Oktober zusammentreten und gedenkt im Frühjahr ihre Arbeiten zu beendigen. (S. Dtsch. Reich.)

* Es taucht der Vorschlag auf, des deutsch-russischen Handelsvertrages wegen den Reichstag noch im Hochsommer einzuberufen. Der Vorschlag wird jedoch lebhaft bekämpft. (S. Dtsch. Reich.)

* Der Reichskanzler ist gestern von Berlin nach Norderney zurückgekehrt.

* In Lubow (Kreis Natibor) sind gestern vierzig Gebäude niedergebrannt.

Ein politischer Doppelmord.

Von unserem Bukarester S-Korrespondenten gehen uns folgende Berichte zu, welche das bereits erwähnte blutige Kaffeehaus-Renkontre in etwas anderem Lichte, als bisher dargestellt, zeigen:

Bukarest, 27. Juli.

Unweit des Polizeigebäudes, an dem belebtesten Teile der Hauptstraße Bukarests, der Calea Victoria (Siegesstraße), erhebt sich ein stattliches, großes Gebäude. Es ist dies das Palais Nifon. Dasselbe ist bereits früher auch dem außerrumänischen Publikum dadurch bekannt geworden, daß bei der Errichtung desselben im Jahre 1887 der jetzige Ministerpräsident Sturdza, der damals Kultusminister war und als solcher die Verwaltung des von dem verstorbenen Metropoliten Nifon dem Staate hinterlassenen Vermächtnisses hatte, zum ersten Male willkürliche Auslosungen bei den Rentenziehungen veranlaßte, die dann später in Nachahmung zu den bekannten Betrügereien bei den Rentenauslosungen führten. An Stelle des jetzigen Palais standen nämlich alte, baufällige Baracken, die unbedingt durch einen Neubau ersetzt werden mußten. Das hierzu erforderliche Kapital — wie das Grundstück von dem Metropoliten Nifon dem Staate vermacht — war aber von dem Erblasser bei der Bank von Odessa in rumänischen Rententiteln deponiert worden, und da diese Bank mit der Herausgabe zögerte, so ordnete Sturdza deren Auslosung bei der nächsten Ziehung an, und die dadurch erlangte Summe wurde für den Neubau verwendet. Dieser Vorgang wurde bei dem Prozesse gegen die späteren Auslosungsschwindler festgestellt. So entstand das Palais Nifon. Auf der rückwärtigen Seite dieses Palais ist ein Café etabliert, welches die Bezeichnung Café Macedonia erhalten hat. In diesem Café wurden vor vier Jahren die aus Bulgarien herübergekommenen Verschwörer verhaftet, welche im Auftrage des makedonischen Comités hier auf offener Straße einen Verräter an ihrer Sache ermordet hatten. Das Palais Nifon ist durch diese beiden Begebenheiten bereits zu europäischer Berühmtheit gelangt, und ein blutiger Vorgang, der sich heute nachmittag in dem Café Macedonia abspielte, wird zu dieser „Berühmtheit" noch ein Weiteres beitragen.

Als vor 8½ Jahren das gegenwärtige Ministerium die Regierung übernahm, war es eine der ersten Handlungen desselben, die von den früheren konservativen Ministerien in den kutzowallachischen Gemeinden Makedoniens errichteten und subventionierten rumänischen Schulen aus Sparsamkeitsrücksichten zum größeren Teile aufzulösen (erst in neuerer Zeit hat man mit der Wiedereröffnung dieser Schulen begonnen). Nach Auflösung dieser Schulen kamen viele Lehrer, die an denselben gewirkt hatten, nach Rumänien, in der Hoffnung, hier ein neues Unterkommen zu finden. Unter diesen Ankömmlingen befanden sich auch der frühere Schulinspektor in Janina, Lazarescu-Lecanta, und der Lehrer Ilie Papahagi, beides geborene Makedorumänen. Der letztere erhielt eine Anstellung an einer Schule in Ploesti, während der erstere in Bukarest sich niederließ und sich journalistisch zu betätigen suchte. Seit kurzem gab Lazarescu Lecanta hier ein Blatt heraus, „Der Balkan". Dasselbe verfolgte das Programm, die in den makedorumänischen Gemeinden namentlich in der letzten Zeit sich geltend machenden Bestrebungen auf größere kirchliche Selbständigkeit gegenüber dem jetzt herrschenden Griechentum, insbesondere die Einführung des Rumänischen als Kirchensprache, zu bekämpfen. Da dies Lazarescu-Lecanta tat, obgleich er selbst Makedorumäne war und als solcher auch früher den jetzt von ihm bekämpften Bestrebungen nahe gestanden hatte, er aber auch größere eigene Mittel nicht besaß, die zur Herausgabe eines Blattes genügend gewesen wären, so wurde vielfach angenommen, daß er von dem griechisch-orthodoxen Patriarchat in Konstantinopel, in welchem das Hellenentum dominiert, durch Geld zur Bekämpfung der erwähnten Bestrebungen gewonnen worden sei und daß dieses auch die Mittel zur Herausgabe des „Balkan" hergebe. Die Haltung, welche Lazarescu-Lecanta in seinem Blatte einnahm, führte zu wiederholten heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihm und seinen engeren Landsleuten, die gleich ihm in dem Café Macedonia zu verkehren pflegten. Als in der letzten Nummer des „Balkan", welche am Sonntag erschien, wiederum ein sehr heftiger Artikel gegen die Bestrebungen der Makedorumänen enthalten war, beschlossen die im Café Macedonia verkehrenden Makedorumänen, dieserhalb Lazarescu Lecanta zur Rede zu stellen, sobald dieser wieder im Café erscheine. Dies geschah heute nachmittag. Kaum hatte Lazarescu Lecanta das Kaffeehaus betreten, als seine Landsleute ihn mit Schmähworten überhäuften. Lazarescu Lecanta antwortete gereizt, und als einer seiner Widersacher, der bereits genannte Lehrer Ilie Papahagi Miene machte, ihn aus dem Kaffeehause zu weisen, zog er seinen Revolver und schoß Papahagi nieder. Sofort griffen auch die Freunde Papahagis zu den Revolvern und kurz darauf fiel auch Lazarescu Lecanta entseelt zu Boden, nachdem bei der allgemeinen Schießerei auch ein Kellner durch 2 Schüsse ernstlich verwundet worden war. Nachdem Lazarescu Lecanta getötet worden war, verließen die Makedorumänen das Kaffeehaus und als die benachrichtigte Polizei herbeieilte, fand sie nur die beiden Leichen vor. Da jedoch die im Kaffeehause verkehrenden jungen Makedorumänen bekannt waren, so gelang es der Polizei, die an der Affaire Beteiligten im Laufe des Tages sämtlich zu verhaften.

Bukarest, 28. Juli.

Von den gestern Verhafteten hat einer, der vormals in Makedonien als Lehrer tätige, jetzt hier in Bukarest als Schriftsteller lebende Ruschi Tulim, ein Cousin des getöteten Papahagi, eingestanden, die tödlichen Schüsse auf Lazarescu Lecanta abgefeuert zu haben. Infolge dieses Geständnisses, welches durch die Aussagen der Zeugen bestätigt wurde, wurden die übrigen Verhafteten wieder freigelassen.

Der gegenwärtig in der Sommerresidenz des Königs zu Sinaia weilende Ministerpräsident Sturdza ließ den telegraphischen Befehl hierher gelangen, bei sämtlichen Makedorumänen hierselbst Haussuchungen zu veranstalten und deren Korrespondenz mit Beschlag zu belegen, was auch im Laufe des heutigen Tages geschehen ist.

Deutsches Reich.

Berlin, 31. Juli.

* **Einberufung des Reichstags?** Es wird der Vorschlag gemacht, des neuen deutsch-russischen Handelsvertrages wegen den Reichstag mitten im Hochsommer einzuberufen. Wir wissen nicht, ob der Vater des Gedankens an einer irgendwie maßgebenden Stelle zu suchen ist, möchten es aber bezweifeln. Die Arbeitskraft der mit der Vorbereitung des erreichten Abschlusses betrauten Mitglieder der Regierung ist, wie wir meinen, ausreichend genug in Anspruch genommen worden, als daß es nicht als eine unbillige Rücksicht erschiene, auch diesen Herren ein Recht auf Erholung zu gönnen. Ueberdies glauben wir, eine lebhafte Neuerörterung aller der Streitfragen, die sich an die Diskussion über den russischen Handelsvertrag knüpfen würde, könnte nach Lage der Dinge den noch ausstehenden Verhandlungen über weitere Handelsvertragsabschlüsse weniger förderlich als hinderlich werden. Die Sozialdemokraten würden in einer außerordentlichen Zwischensession zahlreich am Platze sein; von den Vertretern der anderen Parteien ist dies weniger anzunehmen.

* **Reform des Strafprozesses.** Nachdem die sogenannte Reichsjustizkommission, wie die Kommission von Sachverständigen für die Vorberatung von Fragen der Reform des Strafprozesses genannt wird, die erste Lesung der ihr zur Begutachtung und Beratung überwiesenen Fragen erledigt hat, liegt eine Summe von sachverständigen Urteilen vor, die weder ihrem Umfange noch ihrem Inhalte nach unerheblich ist. Es ist die Annahme aufgetaucht, die Ergebnisse der ersten Lesung der Reichsjustizkommission würden jetzt den Einzelregierungen zur Kenntnisnahme und Prüfung unterbreitet. Das ist nicht richtig. Die Sachverständigen-Kommission ist ein Informationsapparat für das Reichsjustizamt. Erst wenn die Ergebnisse der zweiten Lesung der Sachverständigenkommission vorliegen und ihre Verwendung in einem vorläufigen Entwurf zur Reform des Strafprozesses gefunden haben, wird auch den Einzelregierungen die eingehende Kenntnisnahme der Gutachten nicht erspart bleiben, die von den Sachverständigen abgegeben wurden. Die Reichsjustizkommission wird zur zweiten Lesung der einschlägigen Fragen im Oktober zusammentreten. Es wird mit dem Abschluß ihrer Arbeit im nächsten Frühjahr bestimmt gerechnet.

* **Zum Fall Mirbach** wird jetzt im einzelnen im „L.-A." auf Grund von Mitteilungen einer „einwandfreien Stelle" erzählt, wie sich der Verzicht auf die 325 000 Mark abgespielt haben soll.

Nachdem die ersten ungünstigen Nachrichten über die Pommernbank in die Oeffentlichkeit gedrungen waren, erschien Frhr. v. Mirbach am 28. Dezember 1901 im Privatkontor der Herren Schulz und Remick und erklärte ihnen, daß er von dem ihm eingeräumten Guthaben keinen Pfennig mehr in Anspruch nehmen werde. Beide Direktoren baten, Herr v. Mirbach möge nur unbedenklich über sein Guthaben ganz nach Wunsch verfügen. Aber Herr v. Mirbach wiederholte, daß er fernerhin keinen Pfennig davon annehmen werde. Darauf hielten die beiden Direktoren miteinander kurze Zwiesprache und gaben dann nochmals ihrem Bedauern über den Entschluß des Herrn Oberhofmeisters, der von einer ganz unnötigen Sorge eingegeben wäre, Ausdruck. Da aber Herr v. Mirbach durchaus auf seiner Absicht bestehe, so wollten sie denn das Konto „K." löschen. Um dies kaufmännisch korrekt ausführen zu können, mußte Herr v. Mirbach über den Empfang von 325 000 Mark — dem auf Konto „K." stehenden Guthaben — quittieren. Herrn v. Mirbach leuchtete ein, daß die Bank über den „Ausgang" dieser Summe einen Beleg haben müsse. Die Direktoren fertigten abermals ein Quittungsschema aus, überwiesen es Herrn v. Mirbach und dieser unterschrieb, in dem festen Glauben, nur einer Formalität genügt zu haben. In welcher Weise die Herren Schulz und Remick die 325 000 Mark dann verwendet haben, darüber dürften sie nun Gelegenheit erhalten, unter ihrem Eide auszusagen.

Wer die „einwandsfreie Stelle" ist, wird leider nicht gesagt, manche behaupten, es sei der Oberhofmeister selbst. — Freiherr v. Mirbach sollte sich übrigens bei den Sammlungen für die Vollendung der Kaiser Wilhelm-Gedächtnis-Kirche an die Oberpräsidenten gewandt haben nicht wegen ihrer amtlichen Eigenschaft, sondern weil sie mit ihm befreundet und Mitglieder des evangelisch-kirchlichen Hülfsvereins seien. Dazu bemerkt die „Neisser Zeitung":

„Die Behauptung ist unrichtig. Freiherr v. Mirbach hat sich an den Oberpräsidenten Fürsten Hatzfeldt, Herzog von Trachenberg gewendet, und da der Herzog katholisch und nicht Mitglied des evangelisch-kirchlichen Hülfsvereins ist, liegt es auf der Hand, daß Freiherr v. Mirbach den Beamten für seine Zwecke requirierte."

Der orthodoxe „Reichsbote" schreibt unter der Stichmarke „Es ist genug!"

„Der Brief des Herzogs Ernst Günther zeigt, daß die Sommernachtsaffäre längst über die Grenzen hinaus gediehen ist, welche sie bei gesunden Zuständen im Inneren, bei einiger Tatkraft und Uebereinstimmung im Schoße der Regierung, bei tieferer Ueberlegung von allen Beteiligten, endlich bei einer eindringenden Tätigkeit der berufenen Gerichte niemals überschreiten durfte. Die Kette der zahlreichen begangenen Fehler setzt sich, immer neue gebärend, fort und hat bereits einen öffentlichen Skandal erregt, der allmählich den in der Kotzeaffäre und beim Tausch-Lützowprozesse enthüllten Zuständen zu ähneln beginnt. Eine Neuauflage dieser traurigen Erscheinungen damals liegt aber gewiß nicht im Interesse der Monarchie oder dient zum Ansehen des Hofes, vielmehr muß man der „Deutschen Tageszeitung" recht geben, wenn sie ebenso wie wir den Beiz ungewöhnlich nennt und ein rasches Ende des grausamen Spieles, das schon zu lange gedauert hat, verlangt. Sie sucht das immer noch in der einen Richtung, die sie von Anfang an vertreten hat, in einer Entlassung des Oberhofmeisters. Wir hatten über diese letzte Entscheidung, die nicht unsere Sache ist, weiter zurück, aber das ist sicher, daß es so wie bisher nicht weiter geht, wenn der Schaden nicht immer größer und schärfer werden soll. Es ist nichts wie eine neue Kurzsichtigkeit, wenn liberale, kryptoosfiziöse und ultramontane Organe, wie „Germania", „Leipz. Tagebl.", „Tägl. Rundschau", „Berl. Lokal-Anzeiger", den Brief des Fürsten wie eine reuende Tat feiern. Er kann in allen Einzelheiten recht haben und ist doch als Ganzes zu bedauern. Er eröffnet Perspektiven auf Fortsetzung des Streits, die jeden wahren Royalisten tief bekümmern müssen, schon im Hinblick auf die seelischen Leiden, welche mit einer solchen Form der Auseinandersetzung für unsere teure Kaiserin verknüpft sind.

Der Reichsbote fordert schließlich wiederholt vollständige Rückzahlung des Konto K. und gerichtliche Aufklärung über den Verbleib der 325 000 Mark. — Da wir weder kryptoosfiziös noch ultramontan sind, soll auf uns wohl die Bezeichnung „liberales Organ" zielen. Mit dieser Titulatur sind wir einverstanden. Was unsere Kurzsichtigkeit anbetrifft, so bekennen wir uns in Demut dazu, lehnen es aber trotzdem ab, durch die Brille des „Reichsboten" anders sehen zu lernen.

— v. Witte. Der Präsident des russischen Ministercomités v. Witte hat, nachdem die Verhandlungen betreffs der deutsch-russischen Handelsverträge zum Abschluß gebracht worden sind, mit Geh. Staatsrat Tschirschky Berlin verlassen und sich nach Petersburg zurückbegeben.

— Die Gefahren des Eisenbahndienstes. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat Anlaß genommen, die Königlichen Eisenbahndirektionen erneut auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß alle Bediensteten eingehend über die Gefahren, welche die einzelnen Zweige des Eisenbahndienstes mit sich bringen, belehrt und von Zeit zu Zeit immer wieder daran erinnert werden, wie diesen Gefahren sachgemäß begegnet werden kann. So wird durch die Amtsblätter in angemessenen Zwischenräumen auf die in Plakatform ausgehängten Unfallverhütungsvorschriften aufmerksam zu machen und werden die Dienstvorsteher anzuweisen sein, in den Unterrichtsstunden jene Vorschriften zu besprechen und an der Hand von Beispielen zu erläutern. Der Minister vertraut, daß es die Königlichen Eisenbahndirektionen sich angelegen sein lassen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Bediensteten jederzeit sich der Gefahren des Eisenbahnbetriebes bewußt und im eigenen Interesse darauf bedacht sind, sie durch genaue Befolgung der gegebenen Bestimmungen zu vermeiden.

*

△ **Halle a. S.**, 31. Juli. Im Saale des „Wintergarten" hier fand gestern eine von ca. 400 Lehrern aus dem Regierungsbezirk Merseburg besuchte Versammlung statt, um zu dem im preußischen Abgeordnetenhause abgeschlossenen Schulkompromiß Stellung zu nehmen. Zu der Versammlung war auch der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Arendt erschienen, welcher in einem Vortrage die Meinung der freikonservativen Partei zu dem Schulkompromiß zum Ausdruck brachte. Er sei von jeher ein Freund der Simultanschule gewesen, eine Ausdehnung derselben sei aber in unserer Zeit nur noch in engen Grenzen möglich, da Zentrum Trumpf sei. Deshalb müsse die Lehrerschaft ungesäumt die Initiative ergreifen, um die Bewegung in die rechte Bahn zu bringen. Leider seien über den Schulkompromiß vielfach noch irrige Meinungen verbreitet. Rückgreifend auf den Zedlitzschen Schulgesetzentwurf, führte der Redner aus, daß, wenn das Gesetz zur Durchführung gelangt wäre, es die Schule an die Kirche ausgeliefert hätte. Das Kompromiß bedeute lediglich eine Einigung der Regierung mit den rechtsstehenden Parteien über die Grundsätze, auf denen ein Schulunterhaltungsgesetz zustande kommen könne. Pflicht eines jeden Lehrers sei es, für das Schulkompromiß einzutreten. — In einem weiteren Vortrage sprach Lehrer Krug aus Kötzlitz für das Kompromiß. Mit großer Majorität gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zu dem Schulantrage Zedlitz-Hackenberg in dem Sinne: 1) daß die konfessionelle Volksschule zwar die Regel, die Simultanschule aber die gesetzlich gestattete Ausnahme bleibt; 2) daß durch das in Aussicht gestellte Schulunterhaltungsgesetz a. die Entwickelung der Schule nach pädagogischen Grundsätzen nicht gehemmt, b. die auch von vielen Geistlichen nicht mehr gewünschte und als unnötig erkannte Ortsschulaufsicht aufgehoben und Fachaufsicht eingeführt wird; 8) die Besoldung der Lehrer im Sinne der Gleichstellung eine Aufbesserung erfährt."

* **Breslau**, 31. Juli. Behufs Herbeiführung einer gründlichen Aussprache über die voraussichtlichen Folgen der jetzt in der ganzen Provinz herrschenden Trockenheit findet auf Einladung des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Georg Prinz zu Schönaich-Carolath, am Sonnabend, den 6. August, im Landeshause zu Breslau eine Versammlung sachverständiger Vertreter der Landwirtschaft aller Kreise der Provinz statt. Zur Teilnahme an der Versammlung sind Vertreter der Staats- usw. Behörden eingeladen worden.

* **Heidelberg**, 31. Juli. An der Einspruchsbewegung gegen den Wiederaufbau des Heidelberger Schlosses beteiligt sich nun auch die Sozialdemokratie. Ein von sozialdemokratischen Verein einstimmig gefaßter Beschluß droht sogar, den Wiederaufbau der Ruine durch Ausstand oder Sperre zu verhindern, falls die Regierung gegen den Willen der ganzen Kulturwelt ihre Pläne zur Ausführung zu bringen versuchen sollte. Die andern sozialdemokratischen Vereine des Landes sollen angegangen werden, sich diesem Beschluß anzuschließen.

Flotte.

* **Schiffsbewegungen.** Das 1. Geschwader und S. M. S. „Blücher", die am 29. Juli in Malde eingetroffen sind, gehen am 6. August von dort nach Kiel in See. Das 2. Geschwader und die 1. Torpedobootsflottille sind am 29. Juli in Bergen eingetroffen, gehen am 3. August nach Balholm und am 6. August von dort nach Kiel in See. S. M. S. „Fürst Bismarck" ist mit dem Chef des Kreuzergeschwaders an Bord am 30. Juli in Tsingtau eingetroffen und geht am 3. August von dort nach Tschifu in See. S. M. Flußkanonenboot „Vaterland" ist am 29. Juli in Hankau am Yangtse eingetroffen und geht am 2. August von dort wieder ab. S. M. S. „Seeadler" geht am 31. Juli von Chemulpo nach Tschifu in See. Dampfer „Main" ist mit den abgelösten Besatzungen der Schiffe des Kreuzergeschwaders am 29. Juli in Port Said eingetroffen und hat am 30. Juli die Reise nach Bremerhaven fortgesetzt. S. M. S. „Gefion" ist am 29. Juli von Wilhelmshaven nach Kiel in See gegangen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Römisch-katholische Mörser.** Man schreibt uns aus Deutschböhmen: Wiederholt ist in Berichten aus dem Gebiete der Uebertrittbewegung eines ultramontanen Schmähblättchens und seines Herausgebers unrühmliche Erwähnung geschehen. Jenes Blättchen, betitelt „Der Hausfreund", ist das Sprachrohr eines römischen Priesters, des Boreslauer Pfarrers P. Franz Gucklin, eines Mannes vom Schlage des „Ex"-Jesuiten Berlschingen, und gehört nach römischer Anschauung natürlich zu der „guten" der „christkatholischen" Presse. Daß ein römisch-katholisches Blatt unter den Augen der staatlichen Zensurbehörden — nicht zu reden von den kirchlichen Vorgesetzten des Herausgebers — alles was freiheitlich und gar protestantisch ist, Jahr aus, Jahr ein besudeln darf, gehört nun einmal zu den durch ein Gewohnheitsrecht erworbenen „Privilegien", deren sich die römisch-klerikalen Presse im Lande der konfessionellen Gleichberechtigung zu erfreuen hat. Wie weit aber der blinde, öffentlich gepredigte Haß zu führen vermag und zu welch lächerlicher Anmaßung sich die Sendboten Roms gelegentlich aufschwingen, beweist folgender Vorgang: Als im Hochsommer vorigen Jahres die junge evangelische Gemeinde Boreslau unter freudiger Teilnahme der gesamten Bevölkerung der Gegend ihr Gotteshaus weihte, wurden bei dem Feste auch die der Ortsgemeinde gehörenden, sonst bei dem landesüblichen „Osterschießen" verwendeten Mörser (Böller) in Gebrauch genommen und auch die eingesessenen Katholiken fanden daran nichts Unrechtes, wiewohl der Ortspfarrer ein heiliges Donnerwetter von der Kanzel herabsandte. Niemand dachte mehr an den feierlichen Protest Pater Gucklins, zumal dieser in der Zwischenzeit wiederholt für neuen „Unterhaltungsstoff" gesorgt und deshalb von Privatpersonen auch vor die Gerichte zitiert worden war. Wer beschreibt daher das Erstaunen des Gemeindevorstandes, als der römische Pfarrer kurz vor Ostern die Mörser als durch den Gebrauch bei einer protestantischen Kirchweihe „entweiht" bezeichnete und ihre Verwendung zum „Osterschießen" von einer neuen „Weihe" abhängig machte! Dies unerhörte Ansinnen war denn auch der in ihrer Mehrheit aus Katholiken bestehenden Ortsvertretung zu bunt und sie gab dem hochwürdigen Herrn bekannt, daß die Mörser Eigentum der Gemeinde seien und seines priesterlichen Segens nicht bedürften. Das Osterschießen unterblieb diesmal; die Uebertrittsbewegung aber nimmt in der Gegend ihren ungestörten Fortgang.

Amerika.

* **Karl Schurz und Parker.** Wie zu erwarten war, tritt Schurz für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Parker ein. Das Zustimmungsschreiben unseres berühmten Landsmannes lautet:

„Nicht als Parteimann, sondern als Unabhängiger fühle ich mich gedrungen, dem Richter Parker meine Hochachtung zu bezeugen. Die Grundsätze und Meinungen in bezug auf die